

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1870**

7.12.1870 (No. 285)



# Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 285.

Ersteinst täglich (Sonntag ausgen.)  
Preis 1 fl. 18 kr. durch die Post be-  
tragen 1 fl. 36 kr. vierteljährlich.

Mittwoch, 7. Dezember

Postverzeichnissgebühr:  
die gebaltene Zeitstelle oder deren  
Raum 3 Kreuzer.

1870.

## Telegramme.

(Wiederholt.)

□ **Berlin, 4. Dez.** (Offiziell.) Versailles, 4. Dez., Mitternachts. An die Königin Augusta. Nach zweitägiger Schlacht der zweiten und mecklenburgischen Armee und Korps Manstein die Vorstadt Saint Jean und den Bahnhof von Orleans heute Abend genommen, die anderen Korps stehen bereit, morgen die Stadt zu nehmen; 30 Geschütze, über 1000 Gefangene; Verlust mäßig; Division Wrangel verlor am meisten. Hier heute Alles ruhig. Wilhelm.

□ **Versailles, 4. Dez., 10 Uhr Abends.**  
Am 3. warfen die Kolonnen des General-Feldmarschalls Prinzen Friedrich Karl den Feind über Chilleur's-aux-bois und Chevilly hinaus in der Richtung auf Orleans zurück. Das 3. und 9. Armeekorps nahmen dabei je ein Geschütz. Die seitiger Verlust nicht bedeutend.

Vor Paris brach der Feind, die dem Gefechtsfeld vom 2. Dez. gegenüber geschlagenen Brücken bei Brie am 4. ab und zog sich hinter die Marne zurück.

Bei Aufräumung des Schlachtfeldes von Amiens fanden sich noch 9 feindliche Feldgeschütze und ein bedeutendes Kriegsmaterial vor. v. Poddieleski.

□ **Berlin, 5. Dez., Nachm.** (Angef. in Karlsruhe, Abends 5<sup>3/4</sup> U.) In der heutigen Reichstagsitzung theilte St.-M. Delbrück mit, Prinz Luitpold von Bayern habe vorgestern in Versailles ein Schreiben des Bayerkönigs überbracht, in welchem der Letztere dem König Wilhelm die Kaiserwürde antrage. Delbrück verliest dieses Schreiben und bemerkt, die in Versailles anwesenden Fürsten hätten bereits zugestimmt; die Zustimmung der übrigen Fürsten, sowie der freien Städte sei zu erwarten.

St.-M. Delbrück leitete die allgemeine Debatte über die Verträge mit den Südstaaten durch einen längeren Vortrag ein, in welchem derselbe erklärt, der Anschluß der süddeutschen Staaten sei durch Artikel 79 vorgesehen. Die Vorträge streben die Vereinigung aller Glieder Deutschlands an, welche gegen Erwarten schnell durch ein großes weltgeschichtliches Ereignis erfolgte. Die Initiative zur Einigung kam im September von Bayern. Redner war zur Anhörung der bayerischen Vorschläge nach München entsandt, instruiert, sich jeder Äußerung zu enthalten, welche als ein Druck Seitens des Präsidiums zu deuten wäre. Inzwischen regte Württemberg Unterhandlungen an, Baden beantragte Eintritt in den Bund, Hessen meldete seinen Anschluß. So entstanden die Versailler Konferenzen. Redner betont, daß in den zuerst vorgelegten Verträgen manche Bestimmungen sich befänden, welche den bayerischen Intentionen entsprungen seien; ob sie ohnedem aufgenommen worden wären, sei dahingestellt. Naheliegende Fragen sind unberücksichtigt gelassen. Nur das Nothwendigste zur Fortentwicklung der staatlichen Einigung Deutschlands ist aufgenommen. Das Weitere

bleibt der künftigen Entwicklung und Vereinbarung mit dem künftigen Parlamente überlassen. Die Aenderung der Verfassung charakterisirt sich in der Verstärkung des föderativen Bundescharakters, wie in der Natur der Sache begründet. Ohne Anerkennung des berechtigten föderativen Elementes war der Beitritt Süddeutschlands unthunlich. Redner wendet sich sodann zu dem Heerwesen und weist das Vorhandensein gemeinsamer großer Grundlagen nach. Die Abweichungen für die einzelnen Staaten seien zumeist transitorischer Natur. Bayern sei der militärische Oberbefehl seines Königs im Frieden eingeräumt. Dies sei durch die realen Verhältnisse gerechtfertigt. Die Zusammensetzung des Bundesrathes und des diplomatischen Ausschusses sei lediglich durch die Verstärkung des föderativen Elementes erforderlich, ebenso die Bestimmungen über die Kriegserklärung. Man muß dem Auslande klar machen, daß der Bund wesentlich defensiven Charakters ist. Redner rechtfertigt das Arrangement in den Steuerfragen. Den Wünschen Bayerns und Württembergs auf eine interne selbstständige Post- und Telegraphenverwaltung konnte um so mehr genügt werden, als die Bundesgesetzgebung davon unberührt bleibt. Der bayerische Vorbehalt über die Selbstständigkeit auf dem Gebiete des Heimaths- und Niederlassungsrechts wiege schwer. Bayern habe jedoch erst eine neue Sozial-Gesetzgebung mit gutem Resultate eingeführt, deshalb hatte Bayern unüberwindliche Bedenken gegen die Annahme einer neuen Gesetzgebung. Die Verträge sind auf dem Boden der That sachen erwachsen. Ich bitte Sie, diesen Standpunkt zu theilen. Ich erinnere Sie, daß es mehr als einmal Deutschland nicht zum Segen gereichte, das Erreichbare dem Besseren geopfert zu haben. Dem Deputirten Schulze gegenüber, der den Antrag der Fortschrittspartei, die Verfassung einem allgemeinen deutschen Reichstage vorzulegen, befürwortet, weist der Bundesbevollmächtigte Pape nach, daß die Regierungen verpflichtet seien, nach Maßgabe der Verfassung des norddeutschen Bundes vorzugehen. Abg. Friedenthal spricht für die Annahme der Verträge, wünscht jedoch die Creirung eines Oberhauptes, und fragt, wie es damit stehe. Staatsminister Delbrück erklärt hierauf, was oben bereits gemeldet. — An der Debatte theilnehmen sich noch Windthorst, welcher eine Constituanten zur Gründung der Verfassung wünscht, und Laßler, der die Amendirung der Verträge hofft. Nächste Sitzung Dienstag.

Das Schreiben des Königs von Bayern an den König Wilhelm lautet wie folgt: „Nach dem Beitritt Süddeutschlands zum Verfassungsbündniß werden die Ew. Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Ueberzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber im Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden

Rechte der Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Ew. Majestät im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Ew. Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde. Sobald mir Ew. Majestät und die verbündeten Fürsten ihre Willensmeinung kundgegeben haben, würde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten.“

## Reichstag des norddeutschen Bundes.

Sitzung vom 3. Dezember.

Präsident Dr. Simson. Am Tische des Bundesrathes: Delbrück, v. Friesen, v. Liebe, Hofmann &c.  
(Die Tribünen und die Diplomatenloge sind überfüllt. In der Hofloge sitzt der Abg. Vogel v. Faldenstein.)

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung der Interpellation des Abg. Dunder. Sie lautet:

1) Hat neben der Erklärung des Kriegszustandes in einem Theile des Bundesgebietes durch den Bundes-Feldherrn (Art. 68 der nordd. Verfassung) eine Suspension der Art. 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30 und 36 der preuß. Verfassung und analoger Bestimmungen anderer Landesverfassungen oder einzelner dieser Bestimmungen zeit- und distriktweise stattgefunden?

2) Ist der Bundeskanzler bereit, über die erfolgte Erklärung des Belagerungszustandes und die dabei vorgekommene Suspension von Verfassungsbestimmungen dem Reichstage sofort Rechenschaft abzulegen? (§ 17 des Gesetzes vom 4. Juni 1851.)  
3) Wie hat der Bundeskanzler die den Militär-Befehlshabern nach § 4 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 bei Handhabung des Belagerungszustandes obliegende persönliche Verantwortlichkeit in den Fällen zur Geltung gebracht, in welchen dieselben, auch ohne eine Suspension der betr. Verfassungsbestimmungen, die Freiheit der Personen — durch Einferkungen, das Versammlungsrecht — durch Verbot von Versammlungen und die Freiheit der Presse — durch Verbot und Unterdrückung von Zeitchriften verlegt haben?

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort der Abg. Dunder. Er bittet um Nachsicht, wenn er jetzt, wo das Haus ungeduldig, die Einheit Deutschlands zu bewirken, die Schuld in Anspruch nehme. Das Vorliegende stehe jedoch mit der Bundesverfassung, welche Wahrung des persönlichen Rechts verpreche, in Zusammenhang. Daß eine Veranlassung zur Erklärung des Kriegszustandes vorhanden war, wird nicht bestritten. Das Gesetz wegen Verhängung des Kriegszustandes verfügt, daß mit der Bekanntmachung des Kriegszustandes die vollziehende Gewalt an die Militärbehörde übergeht, aber dieser Bestimmung ist beschränkend hinzugefügt, daß der betr. Militär-Befehlshaber persönlich verantwortlich ist für seine Anordnungen, und es ist ferner bestimmt, daß in der Bekanntmachung diejenigen Artikel der preuß. Verfassung bezeichnet werden müssen, welche während des Kriegszustandes außer Kraft gesetzt werden sollten. Es hat nun keine Suspension der Verfassungsbestimmungen stattgefunden, mit Ausnahme einiger Bezirke in Nordschleswig, und darauf bezieht sich die erste Frage meiner Interpellation. Der Reichstag ist die Control-Instanz, an welche die Beschwerden dieser Art zu richten sind, aus diesem Grunde habe ich die zweite Frage gestellt. Die dritte Frage meiner Interpellation betrifft die nach meiner Ansicht wirklich vorgekommenen Rechtsverletzungen. In Hannover wurde der Redakteur Eichholz verhaftet, sein Organ unterdrückt, in Nordschleswig wurde der Reichstagsabgeordnete Krüger verhaftet, doch gebe ich zu, daß dies unter der Suspension der Verfassung gesche-

## Berschiedenes.

Lörrach, 30. Nov. Erst vor etwa 12 Tagen wurde ein junges Büschlein, das sich wenige Tage vorher auf die Wanderschaft begeben hatte, von einem Wegelagerer angepackt und seines Geldes und Effekten beraubt. In voriger Woche wurde dasselbe Individuum auf gleicher That in der Gegend von Reiningen erwischt und festgenommen. Heute kam nun schon wieder eine Verabingung in hiesiger Gegend vor. Der Beraubte ist wiederum ein reisender Handwerksbursche aus dem Württembergischen, welcher in Randern Arbeit zu finden hoffte und auf dem Wege dahin von einem ihn begleitenden Individuum, welches ihn angeblich auf näherem Wege durch den Wald führen wollte, im Walde bei Wittlingen mit einigen Stockfischen zu Boden geschlagen und seiner Baarschaft und Uhr beraubt worden. Hoffentlich wird es der Gendarmerie gelingen, dieses Burschen habhaft zu werden.

Frienz, N. Mosb., 28. Nov. Vor einigen Tagen trieb Schäfer Val. Herkert von Muckenthal eine Anzahl Schafe nach Lohrbach, wohin er dieselben verkauft hatte. Tags darauf wollte er wieder über Sattelbach nach Hause, wurde aber dort Nachts 10 Uhr von zwei jungen Männern, wahrscheinlich in der Meinung, Herkert habe das Geld für die verkauften Schafe bei sich, angegriffen und ihm hierbei ein Arm zweimal, der andere einmal und ein Fuß abgeschlagen und mit einem Latenstück, in welchem Nägel stecken, über den Schädel gehauen. Ein Mann, der diese Schläge hörte, eilte herbei, worauf die beiden Mörder davon sprangen. Einige Stunden später gab

Herkert seinen Geist auf. Die Thäter sind verhaftet, und einer soll eingestanden haben.

Von der Saale, im Nov. Von welcher wirklich schauder-erregenden Beschaffenheit der diesjährige Most ist, beweist die That sache, daß ein großer Posten „Raumburger Blanker“ in diesen Tagen mit einem Thaler pro Cimer (ca. 90 Bouteillen) verkauft worden ist. Wehe den Trinkern!

Versailles, 29. Nov. Seit einigen Tagen sind aus dem hiesigen Schloß-Museum zwei Gemälde auf eine bis jetzt un-aufgeklärte Weise verschwunden. Das eine war ein Bild der Prinzessin Maria von Lothringen, Fürstin von Monaco, und befand sich in der Gallerie historischer Portraits. Das zweite hing in einem Zimmer, das zu den Räumen der Ambulanz gehört, und war ein Pseudo-Portrait der Geliebten Ludwigs XIV., des schönen Fräuleins de la Vallière. Beide Gemälde sind in einer Weise, welche stundenlange Arbeit erfordern mußte, aus den Rahmen herausgerissen worden. Da die Museumswächter ihre Posten, während den Stunden in welchen die Gallerie geöffnet ist, keinen Augenblick verlassen haben, ist jeder Gedanke, als ob ein Fremder den Diebstahl verübt haben könnte, von vornherein auszuschließen. Der Thäter muß mit den Gewohnheiten des Aufsichtspersonals genau bekannt gewesen sein, und den Raub, nachdem er mittelst eines Nachschlüssels in die Räume gelangt, in den Abendstunden oder bei nächtlicher Weile ausgeführt haben. Hoffentlich wird die sofort angeordnete strenge Untersuchung zur Ermittlung des Gemälde-Diebes führen.

— Die Vollendung des Mont-Cenis-Durchstichs ist unmittelbar bevorstehend.

(Zur Poetamanie.) Was unberufene Poeten gegenwärtig an unfreiwilliger Komik leisten, davon gibt nachstehendes Gedicht ein brasilisches Beispiel; es ist von Hefelick, und da wir es in der „Kreuzzeitung“ finden, so ist die Annahme, daß ein Späßvogel dasselbe anonym eingeschickt habe, ausgeschlossen. Das „Gedicht“ lautet:

Drei Blesirte.

Der Lieutenant und sein Bursche,  
Sie wandeln bleich und wund,  
Und hinterdrein, verwundet  
Auch, der treue Hund.  
Sie zogen einst zu Felde  
Im Sommer froh und frei,  
Auf einem Felde lagen  
Im Blut sie alle Drei.  
Man brachte alle Dreie  
Mitsammt in's Lazareth,  
Sie haben lang gelegen  
Auf dem Schmerzensbett.  
Der Lieutenant und sein Bursche,  
Noch sind sie bleich und wund,  
Und hinter ihnen webelt,  
Voll Mißgefühl der Hund.  
Der Lieutenant treu dem König,  
Der Bursche treu dem Herrn,  
Und für den Hund die Beiden  
Der Treue Doppelftern.



hen ist. Die schreiendste Rechtsverletzung aber fällt dann in eine Zeit, wo man annehmen sollte, daß die erste Aufregung und Beforgnis, die durch den Krieg in allen Gemüthern geweckt war, durch die glänzenden Siege unserer Armee vollständig beseitigt war. In Braunschweig wurden Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in Ketten gelegt und wie die schwersten Verbrecher nach Löhren geführt. Das größte Aufsehen aber erregte die Verhaftung des Dr. Joh. Jacoby in Königsberg. (Nebst recapituliert hierauf die Vorgänge, die bekannt genug; er verliest den Erlaß des Grafen Bismarck als Antwort auf die an ihn gerichteten Vorstellungen und bemerkt dazu): Diese Deduktion kann ich als richtig nicht anerkennen, denn wozu enthielte unsere Verfassung den Art. 68 über die Erklärung des Kriegszustandes? Was nun die politischen Gründe des Bundeskanzlers anlangt, so bedauere ich, daß ein Mann wie Dr. Joh. Jacoby sich zu einem Proteste gegen die Einverleibung von Elsaß und Lothringen hat hinreißen lassen, aber wenn es einmal geschehen war, so entsteht doch die Frage, wie die Verfassung, die Suspension des Versammlungsrechts und der Pressefreiheit das geeignete Mittel sein sollte, den Eindruck zu verwischen, den dieser Protest in Frankreich gemacht hat. (Sehr richtig!) Eine solche Gewaltmaßregel konnte nur den Glauben in Frankreich erwecken, daß in Preußen eine mächtige Partei vorhanden sei, die mit Frankreich sympathisire, welche nur durch solche Gewaltmaßregeln niedergehalten werden könne. (Sehr richtig!) Volksversammlungen würden überall sich gegen das Vorgehen Joh. Jacoby's erklärt haben, aber es widerstrebt uns, aufzutreten gegen Männer in Ketten und Banden, es widerstrebt uns, von dem uns gestatteten Versammlungsrecht Gebrauch zu machen, welches jenen Männern verboten war. (Sehr richtig!) Kaufmann Herbig und Dr. Jacoby sind in Freiheit gesetzt und, wie vorauszu sehen, ist keine Anklage gegen sie erhoben. Anders liegt die Sache mit den in Braunschweig verhafteten Sozialdemokraten. Diese sind von Löhren nach Braunschweig geführt und ist dort die Untersuchung gegen sie eingeleitet. Jedoch auch hier ist die Rechtsverletzung eine schreiende, da gerade dem Angeeschuldigten das Recht zuzuschreiben sollte, seine Schuld geklärt zu wissen. War ein Kriegsgericht über dieselben eingesetzt, so hätte dieses nach seinem Charakter sie entweder sofort verurtheilt, freigesprochen oder ihrem ständigen Richter überliefern müssen. Der Bundeskanzler hat dafür zu sorgen, daß die Ueberschreitungen der Verhaftung gesühnt werden, so weit es möglich ist. Es muß wirklich Ernst gemacht werden mit der persönlichen Verantwortlichkeit, von welcher das Gesetz vom 4. Juli 1861 spricht. Die Nation hat die Antwort gegeben auf den Protest Jacoby's, indem sie überall sich für den Anschluß von Elsaß und Lothringen erklärt; es bleibt also auch der Bundesregierung die Verpflichtung, zu antworten auf die Rechtsverletzungen, welche vorgekommen sind und diejenigen Männer, welche von einer solchen Sühne betroffen werden sollten, ich meine, wenn sie sich ruhig derselben unterwerfen, sie werden wirklich keinen Abbruch an ihrer Ehre erleiden. (Vers.)

Bundeskommissär Delbrück: Derselbe antwortet auf Frage „Gins“ der Interpellation: Der Kriegszustand und die Suspension der §§ 5, 6, 27, 29, 30 sei ausgesprochen worden für die Zahl der Kolberg am 25. Juli. Dort habe er bis Ende Oktober gewährt; ferner in einigen der Städte Nordschleswigs am 1. August für einen Tag. Mit dieser Antwort sei Art. 2 der Interpellation erledigt. Was den dritten Theil der Interpellation, die Rechtsverletzung anbetreffend, so trüge der Bundeskanzler in diesem Falle keine Verantwortlichkeit. Die Militärs in Zeiten des Krieges vor Allem seien nur dem Könige über ihre Handlungen Rechenschaft schuldig. Ebenjowenig wie Bismarck in den Feldzugsplan hineinzureden habe, ebenjowenig habe er die Handlungen von Militärs im Dienste zu kritisieren und zu verantworten. Nur der Kriegsminister und die Verwaltung desselben gehören zu seinem Ressort und daher zu seiner Verantwortlichkeit, nicht aber der aktive Militär und dessen dienstliche Maßnahmen.

Auf Antrag der Abgg. Dr. Hirsch und Hoyerbed tritt der Reichstag in eine Besprechung der Interpellation und der Abg. Kreyer (Schleswig) verliest eine längere Erklärung über seine Verhaftung, die jedoch ihrem wesentlichen Inhalte nach unverständlich bleibt.

Abg. Windthorst (Weppen): Ich hätte gewünscht, daß die Disziplin, die heute stattfindet, zu einer späteren Zeit stattgefunden hätte, weil sie allerdings geeignet ist, einen Stein auf die Zustände in Norddeutschland zu werfen. Bei den jetzigen Maßregeln der Regierung wäre es von Wichtigkeit, bei Regelung der gegenseitigen Ländergebiete auch Guyenne zu annektieren. (Sehr gut!) Greifen Sie nicht zu sehr den Hrn. General v. Falkenstein an. (Auf: Warum?) Das werde ich Ihnen jetzt sagen (Geisterzeit), weil ich glaube, daß es mehr in seinen Instruktionen als in seinem Willen lag; Leute Wochen und Monate lang zu internieren, ist etwas mir Unbegreifliches. Das ist aber nach meiner feilen Ueberzeugung wiederum nicht die Schuld des Hrn. Generals v. Falkenstein; ich bin überzeugt, daß derselbe die Freilassung der Gefangenen beantragt hat, daß sie aber nicht gewährt worden ist von einer höheren Stelle. (Hört! hört!) Mit der rechtlichen Begründung des Hrn. Interpellanten bin ich überall einverstanden. Ich füge noch hinzu, daß gerade in Zeiten wie die jetzigen Rechte wie das Vereins- und Presserecht gewahrt und hochgehalten werden müssen. Die böse Zeit ist der Probirstein derselben. In anderen ruhigen Perioden würden Sie Alle, auch der Hochort, gegen eine solche Rechtsverletzung eintreten, um so trauiger ist es, daß heute die Vertheidigung bei der Minorität ist. (Sehr richtig). Die Nichtverantwortlichkeit des Bundeskanzlers ist sehr bedenklich. Die Verordnung vom 21. Juli d. J. ist gegengezeichnet von dem Hrn. Bundeskanzler. Wird dafür die Verantwortlichkeit abgelehnt, so bedauere ich die Zustände in Norddeutschland. (Beifall.) (Schluß f.)

+ Dresden, 5. Dez. Ein Telegramm des Prinzen Georg an den König von Sachsen meldet den am 4. d. M. erfolgten Rückzug des Feindes hinter die Marne, sowie die Räumung von Brie und Champigny. Eine weitere Offenstrebewegung sei unwahrscheinlich. Der Gesamtverlust am 30. November und 2. Dezember betrage 76 Offiziere und 2100 Mann.

Δ Mainz, 5. Dez. Seit der heutigen Nacht ist der Rhein ziemlich stark mit Treibeis bedeckt. — Im Monate November wurden auf dem hiesigen Kirchhofe 25 Deutsche und 94 Franzosen, im Oktober 55 Deutsche und 59 Franzosen, im September 34 Deutsche und 7 Franzosen und im August 20 Deutsche und 4 Franzosen beerdigt.

\* Darmstadt, 5. Dez. Abgeordnetenkammer. v. Dalwigk legt den Bundesvertrag vor. Das Kriegsmini-

sterium reicht eine Anforderung von 3,622,000 fl. behufs Fortsetzung des Krieges ein.

= Stuttgart, 5. Dez. Ein Telegramm des „Staatsanzeigers“ aus Berlin vom 4. Dezember meldet, der bayer. Minister Luz ist hier eingetroffen, um gemeinschaftlich mit den Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes den Beitritt Württembergs, Badens und Hessens zum Vertrage mit Bayern zu vermitteln.

< München, 5. Dez. In dem Gefecht am Donnerstag wurden verwundet der Kommandant der ersten Armeedivision Generalleutnant Stephan, Artillerieoberst Bronzetti und Artilleriemajor Granich.

— Fürst Hohenlohe hat sich nach Berlin begeben, um dort bei seinen Parteigenossen, den Freikonservativen, für das Zustandekommen des Vertrags zu wirken.

Neun aus Ingolstadt entwichene französische Kriegsgefangene wurden bei Epenhausen nächst Landsberg aufgegriffen. Dieselben sollen alsbald wieder an ihren Internierungsort zurückgebracht werden. — In Ingolstadt sind in Folge eines plötzlichen Einsturzes von aufgeschichtetem Geschützholz, auf dem aus langer Weile die Kriegsgefangenen herumkletterten, zwei derselben erschlagen und fünf lebensgefährlich verletzt worden.

Ein Telegramm der „Presse“ meldet: Unter den französischen Gefangenen in Ulm wurde eine Verschwörung entdeckt. Die Leute trugen heimlich Dolche und Pistolen, welche ihnen abgenommen wurden.

• Wien, 5. Dez. Die „Presse“ meldet: Gestern überreichte Novikoff dem Reichskanzler die Antwort des St. Peterburger Kabinetts, deren Inhalt der russischen Antwort an Lord Granville analog ist und gleichzeitig den Standpunkt der Oktober-Depeche festhalten soll. — Ueber die russische Antwort sagt das „Fremdenblatt“: Die russische Antwort bewegt sich mehr in wiederholten allgemeinen Friedensversicherungen, als daß sie in das sachliche Detail eintretet, und von einer Zurücknahme der Lossagung vom Pariser Vertrag ist vollends nicht die Rede. — Die „Presse“ schreibt: Das russische Kabinet scheint vor Allem mit der Pforte eine Verständigung erzielen zu wollen. General Ignatieff hat der Regierung des Sultans als Kompensation die Garantie des ottomanischen Gebietes von Seite Rußlands vorgeschlagen. — Hiesige Blätter lassen sich aus Pest telegraphiren, der Reichskanzler habe die Mittheilung, daß die süddeutschen Staaten in den Nordbund eintreten „überaus wohlwollend“ aufgenommen. Im Ausschusse der westösterreichischen Delegation soll Giska den Grafen Beust über die Beziehungen des Kaiserstaates zu „Deutschland“ befragt und zur Antwort erhalten haben: Diese seien gut, Oesterreich werde die Neugestaltung Deutschlands nach keiner Richtung hemmen.

#### Ausland.

\* London, 5. Dez. In seiner Antwortdepeche vom 27. Nov. auf die Depeche Gortschakoff's vom 20. Nov. sagt Granville:

„Die britische Regierung beharrt bei ihrer früher gemachten Erklärung bezüglich der von Rußland erhobenen wichtigen Völkerrechtsfrage. Die russische Regierung kann sich nicht durch schlaggeschlagene Versuche zur Abhaltung einer Konferenz rechtfertigen, aber die Höflichkeit der Note Gortschakoff's bestärkt die britische Regierung in der Erwartung auf die Entfernung jedes Hindernisses gegen die beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen. Die britische Regierung hat nichts einzuwenden gegen die Annahme der preussischen Konferenzvorschläge, vorausgesetzt, daß keine Anticipation des Konferenzresultates stattfindet. Die britische Regierung wird die russischen Vorschläge, als von einer freundschaftlichen Großmacht herrührend, erörtern.“

Ein Londoner Korrespondent der „Indep. belg“ will sogar das Datum des zwischen Preußen und Rußland im Juli angeblich geschlossenen Vertrages kennen, mittelst dessen Rußland Preußen zugesichert habe, Oesterreich im Schach zu halten, wogegen Preußen sich verpflichtet habe, Rußland im Osten zu unterstützen.

Konstantinopel, 1. Dez. Die Pforte bewilligte, nach einem Telegramm der „Presse“, die Einberufung eines orthodoxen östlichen Concils der orientalischen Kirche; der Patriarch wurde aufgefordert, dem Sultan das Programm eines solchen Concils vorzulegen. Unter den Griechen herrscht hierüber großer Jubel.

Florenz, 5. Dez. (Kln. B. 3) Die Regierung läßt die Encyklika im „Amtsblatt“ publizieren, nachdem sie sich von deren Richtigkeit überzeugt. Der Jesuitenpater Curci, Autor der „Roma caduca“, ist, vom Ordens-General Befehl nach Wien verwiesen, dahin abgereist. Der Herzog v. Aosta versprach der spanischen Deputation streng konstitutionell regieren zu wollen.

Rom. Der „Genfer Korrespondenz“ wird von hier geschrieben: Die Liberalen, welche so laut die Verdrängung der Jesuiten aus dem Collegio Romano verlangten, sind die Ersten, ihre Kinder im neuen Lyceum . . . nicht einzuschreiben. Ein Mitglied der Giunta Municipale hat hierüber ein köstliches Geständniß dem General Lamarmora gemacht, der ihn fragte, warum die Herren vom Capitol denn gar so erbittert gegen die Jesuiten seien und nicht deren Schulen ein-

sach neben den neuen Unterrichtsanstalten bestehen lassen wollten. „Eccellenza vergessen“ — antwortete der Fürst, denn das Mitglied der Giunta gehört zu den drei oder vier römischen Fürsten, welche schon lange gehorsame Diener der Revolution sind, — „Eccellenza vergessen, daß wenn die Jesuiten unterrichten dürfen, unsere Lyceen ganz leer bleiben. Was mich betrifft, so habe ich meinen Sohn im Convitto von Mondragone (bei den Jesuiten), und wenn die Patres verjagt sein werden, gebe ich ihm einen Hofmeister.“ — Anlässlich der Zertrümmerung des Monogrammes am Collegio Romano weiß man jetzt, daß es die fünf zu Professoren im neuen Lyceum ernannten Juden sind, welche diesen Akt des Vandalismus erwirkt haben, an der Bevölkerung hört nicht auf, gegen die Profanation in rührendster Weise zu protestiren. Man sieht täglich viele Leute im Vorübergehen vor dem Gerüste niederknien, als wollten sie das Verbrechen sühnen.

Die Wahlen haben uns soeben einen neuen Beweis der großen Lüge des Plebiszites geliefert: in ganz Rom haben nur 2060 Personen ihre Stimme abgegeben. Was ist aus den 40,000 Römern geworden, die mit so namenloser Begeisterung herbeieilten, um die Annexion zu votiren? — Zum philosophischen Kurzus, der am 22. im Collegium Romanum eröffnet wurde, hat man nur 30 Schüler versammeln können, und der Professor, ein Jude seines Zeichens, ward von der Jugend so gröblich insultirt, daß Militär gerufen werden mußte, um die Ordnung wiederherzustellen. — Man kündigt Prinz Humberts Ankunft für Mitte Dezember an. — Glänzten die Römer in diesen letzten Tagen durch ihre Abwesenheit in den Wahlbureau, so waren die Kirchen desto gefüllter. In Gesù predigten die PP. Gallerani und Curci in der Frühe und am Abend.

Wie die „G. C.“ meldet, hat Bischof Maret dem heil. Vater seine vollste Unterwerfung unter die Dekrete des Konzils erklärt.

#### Vom Kriege.

Das Resultat der schweren Kämpfe in der vorigen Woche bei Paris wird sein, daß wir nun wohl in nächster Bälde die Kapitulation von Paris und vielleicht auch der Loire-Armee zu erwarten haben. Am 1. Dez. stand es in den Augen der Franzosen so, daß General Aurelles de Paladine in einem Tagesbefehl sagte:

„Paris hat die preuß. Linien durchbrochen; die Spitze seiner Armee marschirt gegen uns; marschiren wir gegen sie mit der Begeisterung, von der uns die Armee von Paris das Beispiel gegeben.“

Wißlungen ist aber die versuchte Durchbrechung der Gernungslinie von Paris aus, sowie die Offensivbewegung der Loire-Armee zum Entsatze der Hauptstadt. Die Franzosen hatten theilweise Erfolge, die ihnen aber wieder entzogen wurden. Es kostete auf beiden Seiten wieder viele Leute.

Aus Lyon vom 3. Abends melden französische Berichte: Den ganzen Tag Gefecht an der Straße von Autun nach Arnay le Duc.

Von der französischen Nordarmee hört man nichts. Die deutschen Truppen sind theilweise aus dem Norden in die Stellungen vor Paris gezogen worden.

Einem Privat Schreiben aus Paris, 17. Nov., entnimmt die „R. Z.“ Folgendes:

... Paris legt seine ganze Hoffnung in die Hauptaktion, die bevorsteht, aber sie muß ohne Verzug ausgeführt werden. Denn jeder Tag führt uns einer Katastrophe näher, nämlich: dem Hungertode. Seit 15 Tagen gibt man uns nur noch 50 Grammes Fleisch per Tag (nach den letzten Nachrichten nur noch 33 1/2 Gr.), was für 20 Tage 2 Pfund per Person ausmacht, und wir haben nur noch für eine Woche. Viele Personen — und ich gehöre zu ihnen — haben schon seit langer Zeit ihrer kleinen Fleischportion entsagt, weil man genöthigt ist, 3 bis 4 Stunden, einerlei wie das Wetter ist, vor den Metzgerläden zu warten. Glücklicher Weise haben wir noch Brod, wenn auch von mittelmäßiger Qualität, aber es ist doch Brod, und wir hauen stark ein, da die Preise aller übrigen Lebensmittel zu hoch sind, als daß wir sie kaufen könnten. Außer den gewöhnlichen Lebensmitteln werden jetzt andere Gattungen Schwaaren feilgeboten, von welchen ich dir mit Sachkenntniß sprechen kann, da ich sie selbst an der Halle eingesehen habe, wo ich am letzten Samstag mit einem meiner Freunde war, um einige Vorräthe zu kaufen. Ich wollte die Hälfte einer Kage haben. Man verlangte 4 1/2 Franken; ich bot 4 Fr., aber man ließ sie mir nicht. Später bedauerte ich, sie nicht genommen zu haben, denn sie war prachvoll und man hätte ein köstliches Ragout daraus zubereiten können. Ich sah, wie Ratten zu 80 Centimes bis 1 Fr., je nach ihrer Größe verkauft werden; ich kaufte keine, obgleich man behauptet, sie seien vortrefflich; aber ich habe noch einige Vorräthe und will warten, bis sie erschöpft sind, ehe ich zu diesem phantastischen Regime übergehe. Die Hunde sind ebenfalls in gewissen Läden erschienen, sie sind aber noch nicht sehr gesucht; man findet sie im Allgemeinen hart und trocken und ist sie nur aus höchster Noth. Da ich



aber das Bedürfnis hatte, mich an diesem Tage zu regalisieren, so kaufe ich mir Spazier, das Stück zu 50 Centimes. Du kannst aus dem Gefagten ersehen, daß wenn die Lage auch keine verzweifelte, so doch eine sehr compromittirte ist, wenn die Regierung nicht in kürzester Kürze kräftig auftritt. Unter keinen Umständen darf sich die Sache noch lange hinziehen. Zudem befinden wir uns fortwährend in furchtbarer Erregung. Kanonendonner bei Tag und Nacht, das durch Markt und Bein bringende Geräusch der Mitrailleusen, welches selbst die mutigsten Männer nicht kalt läßt; das Trommeln und Trompeten vom Tagesanbruch bis zum späten Abend oft auch des Nachts, wenn man, wie am 31. Okt., die rothe Republik proklamiren will. — Alles dies greift die Nerven furchtbar an. Die Bothen richten große Verheerungen an; letzte Woche starben 480 Personen. Was mich betrifft, so bin ich vollständig gesund, leider zu gesund, denn ich habe einen schrecklichen Appetit, und nur selten kann ich ihn vollständig befriedigen. Ich erhielt heute Morgen den Besuch des Betters W.; er kam, um mit mir zu frühstücken. Unser Mahl bestand aus Kartoffeln, die mit Pfefferbrot zubereitet waren, einer Portion Gelschwurst, so groß wie eine Ruß, einem Stück Chokolade als Dessert, dazu Brod und Wein, so viel man wollte. Es war ein wahres Festmahl! Zwar schmeckten die Kartoffeln etwas nach Talg, die Wurst war etwas ranzig, und das Brod etwas sauer, aber, diese kleinen Unannehmlichkeiten abgerechnet, an die man sich eben gewöhnt, haben wir ganz ausgezeichnet gefrühstückt.

### Nachrichten von der kath. Bewegung.

C. Vom Main, 1. Dez. (Nochmals die Katholikenversammlung in Bronnbach.) Schlecht ist der Teufel, so mußte ich mir unwillkürlich sagen, als ich so viele Hunderte von überzeugungstreuen Katholiken überblickte, grundlos schlecht, aber er ist und bleibt eben doch dumm. Die Revolution, als „bewußter und gewollter Abfall von Gott“, mag nur ihr scheußliches Werk in so plumper Weise fortsetzen: — sie wird uns — Katholiken schaffen. — Schon am frühen Morgen sah ich im lieben heimathlichen Thale, das ich absichtlich eine längere Strecke zu Fuß durchwanderte, die treuen Katholiken von allen Seiten her der alten Abtei entgegenziehen. Morgens um 8 Uhr schon traf ich eine Gruppe von ungefähr 50 Männern, die bereits einen Weg von etwa 4 Stunden auf Schusters Rappen zurückgelegt hatten und noch war man hier eine Stunde von Bronnbach entfernt. Dort unten am Waldessaume, drüben von den Hügelsabhängen herab, unten auf der Thalstraße und dort von der schönen Straße nach Ralsheim hin zogen sie her die treuen Söhne des treuen leidenden Vaters. Als ich mich Bronnbach näherte, hörte ich die schönen Melodien der alten volkstümlichen Lieder, die von einer langen Prozession her zu mir herüberschallten. Und als erst um 1/2 10 Uhr der Zug von Oben herab angekommen war, da wallten sie herein die lieben Brüder, hundert nach hundert. Ich fürchte keineswegs zu übertreiben, wenn ich die Zahl Derjenigen, welche dem Gottesdienste anwohnten, auf 3000 schätze.

Herr Dekan Bick von Reicholzheim celebrirte das feierliche Amt. Nach demselben bestieg Herr Pfarrer Nörbel von Dörlesberg die Kanzel. Er hat seine Aufgabe meisterhaft gelebt. In gründlicher, geistreicher, oft überraschender Weise zeigte uns der Festprediger, wie sich das Leiden und der Sieg Jesu Christi fortsetze in seiner Kirche; er erklärte uns, wie wir als Katholiken die Heimsuchungen der Kirche aufzufassen haben, nämlich als Ausfluß der unendlichen Barmherzigkeit Gottes, und was wir zu thun haben in dieser Zeit. Wir hoffen, daß Freund Nörbel uns seine Predigt als bleibendes Andenken an den schönen Tag, etwa zu Gunsten des heil. Vaters, bald wird gedruckt zukommen lassen. Diesen Wunsch hörte ich mehrfach äußern.

Den leiblichen Bedürfnissen am Mittag konnte nur mangelhaft nachgekommen werden, da sämtliche Räumlichkeiten des Gasthauses überfüllt waren.

Nach 1 Uhr Mittags öffneten sich die Thüren des „Josephsaales“ im Schlosse Sr. D. des Fürsten Karl von Löwenstein, dieses lieben, frommen, unermüdbaren Vorkämpfers der kath. Kirche. Hunderte, die schon lange außen harrten, strömten herein und in wenig Minuten war der Saal gefüllt. Etwa 2000 Männer waren hier versammelt, um die „Arbeit“ der Freimaurer zu verurtheilen, ihre Ueberzeugung auszutauschen, sich zu erbauen und sich anzuweisen zur Pflichterfüllung. Fürst Karl eröffnete die Versammlung, er bezeichnete deren Zweck, die Rücksichtslosigkeit des Angriffs auf unseren heil. Vater und dessen Bedeutung, sich beziehend auf die Worte des Festpredigers.

Der gewandte Frhr. v. Wambolt wurde durch Akklamation zum Vorsitzenden gewählt. Derselbe erteilte zuerst Herrn Dekan Bick das Wort, welcher nach einigen einleitenden Worten ein Schreiben unseres hochw. Erzbischofswürdigen verlas, das die Versammlung mit einem freudigen Hoch auf den geliebten Oberhirten, den wir bei seiner Firmungsreise hier unten so sehr schätzen und lieben lernten, beantwortete.

Baron von Schrödter, welcher hier auch das Wort ergriff und in ergreifender Weise die Lage unseres hl. Vaters schilderte, zeigte, wie das Verlöbnißsopfer Jesu Christi für unsere sich stets häufenden Sünden fortgesetzt werden müsse für und für, auch von den Gliedern der Kirche, und daß Gott als Opfer, wie die Geschichte aller Heiligen lehre, deren Leben eine Kette von Leiden gewesen, sich gerade die besten, die frommsten Männer erwähle, Pii, die Frommen. Ein begeistertes Hoch befundete die Dankbarkeit, das Verständnis und die Zustimmung der Versammlung. Nach ihm bestieg Herr Pfarrer Hemberger von Borberg die Tribüne, der reichbegabte originelle Volksredner. In bündiger, kerniger, streng logischer Weise legte er die tiefsten Ursachen der infernalischen Angriffe auf unsere Kirche und insbesondere den heil. Stuhl dar. Durch Beispiele und Beweisstellen hat er uns in die Höllenküche des Freimaurerthums hineinschauen lassen. Der Schluß der Rede auf „Pius den Großen“ rief ein begeistertes Hoch hervor. Hemberger hat trefflich gesprochen und wir wollen uns unsere Kräfte merken.

Fürst Karl verlas hierauf einen Protest gegen den ruchlosen piemontesischen Raub und eine Adresse an den heil. Vater. Die Versammlung erteilte einmüthig ihre Zustimmung durch Akklamation.

Hierauf hielt der Präsident die Schlußrede. Geistreich und praktisch wie immer zeigte der hochverehrte Redner, wie der Teufel der Kirche gerade diejenigen Leiden zufügen wolle, die er selbst erdulde. Eins aber werde ihm nicht gelingen, die Liebe aus dem Herzen der Gläubigen, die Liebe aus dem Herzen Jesu zu reißen. Hah! wie jauchzte da die Versammlung ihre begeisterte Zustimmung! Redner zeigte dann insbesondere, wie es eine geschichtliche Lüge sei, wenn man behauptet, daß Petrus und die ersten Päpste arm gewesen seien, und wie es aber einmal nicht möglich sei, ohne Geld die Kirche auf Erden zu regieren. Aus den Händen der Räuber, der Piemontesen, dürfe der hl. Vater keinen Heller annehmen. Das können wir nicht zugeben. Wo muß in sicherer und ausgiebiger Weise für den hl. Vater gesorgt werden. Die Rathschläge und die Aufforderung des hochverehrten Redners werden nicht umsonst an uns ergangen sein.

Ein freudiges Hoch, tief aus dem Herzen kommend, auf Pius IX. und die durchl. fürstl. Familie schloß die schöne, großartige, erhebende Versammlung.

Zu dem früheren Referate über diese Versammlung erhalten wir die Berichtigung: den Beweis, daß die Freimaurerei die Ursache des sakrilegischen Raubes sei, lieferte nicht Herr Baron v. Schrödter, sondern Herr Pfarrer Hemberger, und den historischen Nachweis, daß das Kirchenvermögen schon in der heil. Schrift und in der Geschichte der ersten 3 Jahrhunderte begründet sei, lieferte nicht Hr. Pfarrer Hemberger, sondern Frhr. v. Wambolt.

Karlsruhe, 5. Dez. In vergangener Nacht 11<sup>3/4</sup> Uhr traf der von S. G. H. dem Prinzen Karl geführte Sanitätszug hier ein, enthaltend gegen 250 Mann. Hiervon kamen über 100 Mann nach Durlach, gegen 100 Mann nach Schwezingen und etwa 60 Mann blieben hier, meistens schwer Verwundete.

An Stelle des in den Ruhestand tretenden Generals La Roche ist der preussische Oberst von Wallisen zum Kommandeur der badischen Kavalleriebrigade ernannt worden.

\* Karlsruhe, 6. Dezbr. Die Notiz über Einberufung des außerordentlichen Landtags auf den 8. d. M. war augenscheinlich aus der Luft gegriffen, da andernfalls das offizielle Dekret bezügliche hätte bereits erscheinen müssen. Es wird der Termin von den Verhandlungen im norddeutschen Reichstage abhängen. Die Hauptbestimmungen in der von der „Chr. Z.“ mitgetheilten Militärkonvention sind: Die Militärhoheit des bisher souveränen Großherzogthums Baden geht auf den König als Bundesfeldherrn über. S. K. H. der Großherzog von Baden steht zu den bad. Truppen in dem Verhältnisse eines kommandirenden Generals. — Auf die Civilverhältnisse angewendet, würde das dem Range und den Funktionen eines Regierungspräsidenten ungefähr gleichkommen. — Aus dem Beitritte zum neuen deutschen Bunde auf der Grundlage der norddeutschen Bundesverfassung werden manche Veränderungen folgen. Z. B. die Aufhebung des Kriegsministeriums, des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, des Handelsministeriums, der Direktion der Verkehrsanstalten. Auch verschiedene wichtige Fragen dürften aus den geänderten Verhältnissen entstehen. Man nimmt es als sicher an, daß die Kammermehrheit wegen Genehmigung der Staatsverträge mit Preußen, resp. mit dem Nordbunde, keine Schwierigkeiten machen werde. Wir glauben das gerne, da dieselbe im anderen Falle ihre ganze seitherige Haltung verläugnen würde. Ueber einen Punkt dürfte es indessen doch zu Erörterungen kommen: Die Regierung ist in den Krieg eingetreten, ohne die Stände dithfalls gehört und dieselben um den erforderlichen Kredit angegangen zu haben; während alle übrigen Staaten dieser konstitutionellen Oberwanz nachgekommen sind. An der gewünschten Indemnität wird es

übrigens die Kammermehrheit nicht fehlen lassen. In der „Allg. Ztg.“ vom 4. Dez. Nr. 338, Korrespondenzartikel Aus Baden vom 2. d. scheint sich etwas wie Opposition regen zu wollen, man meint fast, es läme der „Schmerzenschrei“ aus den Reihen der weiland Offenburger. Der Korrespondent schreibt:

Die Art und Weise des Abschlusses des deutschen Einigungswerkes als Ergebnis des großen Nationalkrieges hat hier am Oberrhein nicht ganz die freudige Aufnahme gefunden, welche man erwartet hatte. Die mancherlei Vorrechte, welche Bayern, Württemberg und Sachsen vorbehalten sind, gegenüber dem fast einsachen Eintritt Badens in den Bund werden gerade nicht überall gebilligt, und man findet sich vielfach zurückgelegt, so daß lieber gewünscht wird, es möge der norddeutsche Reichstag die Verträge nicht ohne Aenderung annehmen. Man würde sich allseitig nur dann beruhigen, wenn der neue Bund dem Land eine Reihe kostspieliger Stellen und der dafür notwendigen Bauten abnähme, und ebenso in Zukunft das Oberhofgericht, die Ministerien des Kriegs und des Aeußern, die Oberdirektion der Verkehrsanstalten und noch einige andere Stellen. Die letztere wird wohl wegfallen, und der Neuaufbau dafür ist nun für ein Justizgebäude bestimmt, wofür jedoch jedenfalls das Gebäude des Ministeriums des Auswärtigen schon vollständig ausreichen würde. Die Bundesangelegenheiten können füglich vom Ministerium des Innern besorgt werden, und die noch übrigen Geschäfte des Handelsministeriums auf dieses übergehen. Außerdem ist die Vertragsbestimmung über den Ertrag der Verkehrsanstalten eine Beeinträchtigung für das Land, und könnte sogar noch auf andere Schwierigkeiten stoßen, denn die Eisenbahnschuld ist auf die ein besonderes Budget bildenden Einnahmen aus den Verkehrsanstalten basirt, und es müßte nun eigentlich folgerichtig diese Schuld vom Bund übernommen und die Ueberschüsse zum Weiterbau der badischen Eisenbahnen verwendet werden.

Wir erachten das nur für die ersten und nächsten Folgerungen; es wird Zeit und Gelegenheit kommen, der Natur der Dinge eine noch ausgedehntere Konsequenz zu vindiziren.

\* Vom Rhein, 3. Dezbr. Die öffentlichen Kundgebungen gegenüber den Thesen der sogen. Januspartei mehren sich. Dem Kapitel Ottersweier haben sich bereits Lahr und Waldbörn angeschlossen. Wir erachten den Weg öffentlicher, mit Namensunterzeichnung begleiteter Erklärung für den einzig zum Ziele führenden, wenn dem Mißbrauch mit dem Namen des kath. Priesters ernstlich begegnet werden soll. Wenn auch wohl keine zehn Priester in der ganzen Erzdiözese sind, welche den in diesen Thesen ausgesprochenen Ansichten huldigen, vielleicht vollständig nicht ein Einziger, so muß auf die Tausende von Laien Rücksicht genommen werden, welche die angeblichen kath. Priester zu fangen bestimmt sind. Um dieser willen schuldet der Klerus ein offenes Glaubensbekenntniß, muß er Zeugniß ablegen. Diese kirchlich revolutionäre Bewegung, welche durch die genannten Thesen inauguriert werden sollte, hat aber nicht einmal den Muth, offen Farbe zu bekennen. Gleichgültig verbirgt sie ihre Aufforderung zum Abfall von der kath. Kirche unter dem Mantel der Bekämpfung der Infallibilität des obersten kirchlichen Lehrers. Es geschieht das offenbar, um so eine völlig verschiedene, Christusleugnende Richtung durch vorgeblichen Anschluß an die Bedenken, die bezüglich der genannten Lehre sich noch da und dort kundgeben, in den Augen des weniger denkenden Publikums zu decken. Gewiß werden die wenigen kath. Professoren in Deutschland, welche in genannter Hinsicht noch mit ihrer Unterwerfung zurückstehen, sich jedenfalls vor der Gesellschaft der durch die Thesen der „Landeszeitung“ gezeichneten Antinfallibilisten höchlichst bedenken. Nein, soweit wie im Musterstaate Baden geht man anderwärts und selbst, wo man irreeht, gewiß nicht. Die badische Januspartei wird isolirt bleiben.

Mannheim, 5. Dezbr. Auf dem hier versammelten Fabrikantentag sind nur Zollvereinsfirmen vertreten. Das Präsidium führen Moll und Eminghaus. Allgemein macht sich das Verlangen eines neuen französischen Handelsvertrages auf paritätischer Grundlage geltend.

„Bauernbriefe, welche auch gebildete Herrenleute lesen dürfen. Herausgegeben von Konrad Häring. Cyclus I. Würzburg 1871. Wörtliche Verlagshandlung. Ein treffliches Schriftchen mit folgenden 13 zeitgemäßen Briefen: — Was der Bauer von dem heimgegangenen Landtage denkt. — Der Bauer von gutem Schrot und Korn. — Des Bauern „Einst und Jetzt.“ — Wofür sollen die Bauern dankbar sein? — Wie gut man's mit den Bauern meint. — Wie ist dem Bauern zu helfen? — Wie man den Bauern um die Religionsfreiheit bringen will. — Was der Bauer von den Volksmissionen hält. — Wie der Bauer „liberale“ Annehmlichkeiten aufnimmt. — Wie's seither bei den Wahlen gegangen ist und künftig gehen soll. — Was der Bauer über das Concil denkt. — Wie der Bauer gute Blätter in das Haus schafft. — Rezept zu guten Wahlen.“

Wir haben diese Schrift mit um so größerem Interesse gelesen, als wir den Verfasser, einen samosen Volksredner, schon öfters sprechen gehört. In vorliegenden Briefen hat sich derselbe als ebenso tüchtigen Volkschriftsteller gezeigt. Wir können nur wünschen, daß die zeitgemäßen Briefe eine massenhafte Verbreitung unter dem Volke finden; sie schildern das „Wohl und Weh“ des Bauernvolkes in populärster Sprache, die von trefflichem Humor durchwürt und oft beißender Satyre durchzogen ist. Der Bauer wird diese Briefe mit vielem Nutzen, jeder aber mit äußerstem Vergnügen lesen. Mögen sie darum den weitesten Leserkreis finden, und der treffliche Schriftsteller und Bauernfreund uns bald mit einer weiteren Gabe für den Winter beschenken.

Ein dankbarer Leser im Namen vieler.

Berlegt und redigirt unter Verantwortlichkeit von  
von A. Verberich.



